



Interview Johannes Neukirchen: Politik - Wirtschaft - Beratung – Teil 1/3

Johannes Neukirchen, Sie sind lange in der Politik: 25 Jahre in hochrangigen Funktionen für Rheinland-Pfalz in Mainz, Bonn, Brüssel, 25 Jahre und dabei jeweils über 12 Jahre als strategischer politischer Manager bzw. politischer Berater von 2 internationalen deutschen Großkonzernen.

Hat sich "die Politik" in diesem Zeitraum verändert?

Natürlich hat sich "die Politik" sehr verändert, seit ich 1969 als junger Mann - sehr prominent durch Helmut Kohl persönlich, damals gerade 3 Monate Ministerpräsident von Rheinland-Pfalz - als Mitarbeiter in die Landespolitik geholt wurde. Der Beginn eines Berufsweges, der mich schließlich aber die meisten Jahre in die Bundes- und die Europäische Politik führte - einmal auf der politischen Seite, dann für die Wirtschaft.

Was sind Kernthemen der Veränderung?

3 Aspekte der politischen Veränderung möchte ich besonders ansprechen, das charakteristische Themenwort über Allem heißt dabei "Transformation":

- **Erstens:** Die aktuelle politische Lage erklärt sich eindeutig aus einer globalen Periode des Übergangs: Klar konstatieren wir aktuell die Zeichen für die Zäsur einer Epoche, des Weiteren den Prozess einer weltweiten geopolitischen **Transformation** - mit sich schon konkretisierenden Auswirkungen natürlich auch auf das weltwirtschaftliche Geschehen und dessen Ordnungsprinzipien.

- **Zweitens** somit wirtschaftspolitisch: Eine "Systemkonkurrenz" in der Weltwirtschaft (zwischen Staats- und sozialer Marktwirtschaft), weiter eine zunehmende Neigung von Staatsinterventionismus auch in den (westlichen, prinzipiell) marktwirtschaftlichen Systemen, letztlich sogar eine Fokussierung der Wirtschaftsentwicklung durch staatliche Normen- und Fördervorgaben auf **politisch vorgegebene Zukunftsziele** - und das alles bei global und systemisch völlig ungelösten makroökonomischen oder gar welt-finanzmarktlichen Problemen.

- **Drittens:** Die zunehmende **Fragmentierung und zugleich Autonomisierung der „Gesellschaft"** - zumindest in den "entwickelten Ländern" der Welt (mit freiheitlichen demokratischen Systemen). Natürlich jeweils mit Auswirkungen auf die Gesellschafts- und Parteienstruktur - mit etwas Verzögerung seit den 70er Jahren auch in Deutschland (exemplarisch: Die Grünen) und mit Wandel bei der Parteienpräferenz..

Woran machen Sie diese "globale Transformation" fest?

Nun, Beleg für diese Feststellung ist einmal die institutionelle Struktur:

Die Weltkriegs II-Nachkriegsordnung mit UNO, Weltwährungssystem, WTO usw. ist brüchig bzw. ineffizient geworden, weil sich die globalen politischen Gewichte verändert haben. Das "Amerikanische Jahrhundert" (1917 Friedensinitiative von US-Präsident Wilson - 2016 Präsident Trump "America first") mit weltweiter Ordnungspräsenz und Ordnungs-Willen der Amerikaner geht zu Ende, der UNO-Sicherheitsrat ist vielfach blockiert und fällt als oberster



Peacemaker aus, die Welthandelsordnung hat mit der WTO eine letzte allgemeine Bastion, die aber vielfach unterlaufen wird durch die Tendenz zunehmender Bilateralisierung.

Wir sind jetzt 2020 mitten in einer **Neugewichtung der Weltregionen**: die relativ übersichtliche Bipolarität der Ost-West-Konfrontation wurde nach Ende des Warschauer Paktes und des COMECON nur kurzfristig abgelöst von einer gewissen Multi-Polarität (unter Führung der USA) und einem freien handelspolitischen Multilateralismus.

Aktuell haben wir die Phase eines bipolaren Ringens USA-China um die Supermacht-Position. Diese Frontstellung USA-China zeitigt bekanntlich schon jetzt ganz erhebliche Störungen des Welthandels und der Investitionssicherheit - sogar besonders für die Wirtschaft der EU-Länder und nochmals mehr für Deutschland.

Was will China?

China hat trotz der enormen bisherigen Entwicklungserfolge im eigenen Land noch erhebliche Defizite und Probleme. Das System aus politischer Führung durch die KPC und kapitalistische Wirtschaft (mit vielen Staatsunternehmen und staatlicher Förderung) steht unter Erfolgszwang. Auf Grund seiner Erfahrungen mit den ersten 50 Jahren der VR China - "Großer Sprung" durch Industrialisierung und Technik - strebt die Führung energisch ein **"Chinesisches Jahrhundert"** an mit den Epochenjahren 2025 (Weltspitze in 5 Zukunftsbereichen von Wissenschaft und Forschung: z.B. KI), 2030 (Ende der CO-2-Industrie), 2049 (= 100 Jahre VR China: Chinas geopolitische und wirtschaftliche Position ist unangreifbar, Nr. 1 in der Welt)!

Die **USA** wollen fraktionsübergreifend diese Zielsetzung verhindern und arbeiten an einem strategischen "Decoupling"!

Die große chinesische "Belt and Road Initiative" arbeitet weltweit in Infrastruktur, Rohstoffen und politisch an diesem Ziel; u.a. 16 der 27 EU-Mitglieder sind hier sogar schon in Teilprojekten involviert.

Was bedeutet diese geopolitische "Transformation" für die Wirtschaft, für einen Exportkontinent wie Europa mit dem Exportmeister Deutschland an der Spitze?

Die EU-Wirtschaft hat ihre größten Export- und Investiv-Märkte in USA/NA und China. Alle in der EU - Politik, Wirtschaftsführer, Unternehmen, Verbände, Wissenschaft - sind sich einig: Die **EU** insgesamt als größter Wirtschaftsraum der Welt, mit ihrem Gesamtpotential in Bildung, Forschung, Realwirtschaft und Infrastruktur kann das Ergebnis der "Transformation" auf Augenhöhe mit USA, China usw. mitgestalten und hat die Chance einer eigenständigen Zukunft - aber nur die EU insgesamt, als einheitlich handelnder Partner mit dementsprechend reformierten Organen und Entscheidungsprozessen! Schon jetzt liegt ja die Kompetenz für Internationale Handelsverträge bei der EU; die EU verhandelte Korea, Kanada, Japan, Mercosur, ja auch das gescheiterte TTIP mit den USA, nicht die Mitgliedstaaten.

Aktuell erwarten sich gerade die deutsche und die französische Politik aus der Billionen-Bazooka von EU-Corona-"Recovery-Program" plus EU-Haushalt bis 2027 ein Mehr an Bereitschaft bei den Mitgliedstaaten auch zu **institutioneller Reform**.



Ein Deal: Gesamtverschuldung gegen institutionelle Reformen?

Man wird sehen! Aber, die Analyse ist klar und auch in Bezug auf China: "Systemischer Wettbewerber" (so EU-K und BDI, ähnlich BMWi Altmaier). Konstitutive Fortschritte in der Chinabeziehung - die ja auch von den Unternehmen heute kritischer gesehen wird - erwartet man von dem aktuell verhandelten "Investitionsschutz-Abkommen" EU-China..

Ist z.B. die deutsche Wirtschaft auch für diese neue Zukunft in der neuen globalen Wirtschaft gerüstet?

Die deutsche Wirtschaft hat bis weit in den Mittelstand hinein eine geprägte, zum Teil sogar mehrhundertjährige Erfahrung mit dem Internationalen, das heute durch die "industrielle Digitalisierung" (wo D auch aktuell führend ist) ja in die Unternehmen direkt einrückt. Entscheidend sind also die politisch zu verhandelnden Rahmenbedingungen sowie die Markt-, aber auch die kulturelle Kompetenz der Unternehmen.

Hier ist die deutsche Wirtschaft allgemein über ihr Verbandswesen gut eingeführt: mit den Regionalinitiativen wie "Asien-Pazifik-Ausschuss (APA)" beim BDI sowie OA, OAV, LAV, Deutsch-Brasilianischer Wirtschaftsinitiative, NUMOV.., oder vor Ort im Ausland - geradezu genial verzahnt mit der dortigen Wirtschaft - die "Außenhandelskammern (AhK)", die der DIHK koordiniert.

Welchen Nutzen bringen all' diese Institutionen einem Unternehmen?

Die vielen Veranstaltungen dieser Institutionen sind sehr gute, themenspezifische Aktions- und durchaus auch geschäftsanbahnende **Informations-Plattformen!** Dies benötigen unsere Unternehmen, die ja bis weit in den Mittelstand hinein international erfolgreich tätig sind!

Weiter: Mitglieder dieser Institutionen bilden auf Einladung bei Offiziellen Reisen der Bundeskanzlerin oder ihres Kabinetts, auch der MPs und ihrer Kabinette, begleitende **"Wirtschaftsdelegationen"** die offiziellen Gaststatus haben und spezifisch am Regierungsprogramm teilnehmen. Der APA hat in China sogar einen offiziellen Partner und bildet mit ihm den Deutsch-Chinesischen Wirtschaftsausschuss", in dem parallel zu Politischen Delegation Tacheles gesprochen wird, was dann in der gemeinsamen Bewertung in diplomatischer Form z.B. von der Bundeskanzlerin offiziellisiert wird.

Und - fast unbekannt - eine ganz erstaunliche Kompetenz- und Netzmöglichkeit: Die TOP-Verhandlungen **G-7 und G 20** werden parallel zur den politischen Verhandlern wahrgenommen von offiziell eingerichteten und ebenfalls international besetzten "Begleit-Delegationen der Wirtschaft", die natürlich direkte Möglichkeiten auch zu den politischen Top-Vertretern ihrer Länder aufbauen und thematischen Einfluss schon vorher auf die Agenda nehmen können.

Verwirrend und beeindruckend zugleich.. Aber nochmal die Frage: Reicht das für die Unternehmen, die sind doch nur indirekt dabei?

Sehr richtig! Diese Institutionen bringen wichtige und unverzichtbare Information und Aktion auf "Wettbewerber-Niveau".



Die Unternehmen brauchen aber für ihre konkreten Geschäftsbeziehungen, ihre spezifischen Projekte konkrete Beratung! Entweder durch In-House-Kompetenz oder durch kompetente spezialisierte Beratungsunternehmen! Der Bedarf hier ist groß, die hier geforderte Beratungskompetenz in D erst im Aufbau.

Die Unternehmen profitieren oft vom Learning by doing ihrer Expats oder - was zunimmt - sie greifen auf ehemalige deutsche oder EU-Diplomaten zurück (was aber nicht immer hinreichend die unternehmensspezifische Wahrnehmung garantiert).

Soweit einmal das Internationale, die Geopolitik und die Transformation insgesamt. Wie steht es aber in Deutschland, welche Entwicklungen sind in der deutschen Politik zu verzeichnen? Kann z.B. Politik in D noch einen "langen Atem" und die Orientierung an Grundthemen haben?

Diese Frage führt unmittelbar zu 2 nach meiner Beobachtung sehr wirkungsmächtigen Faktoren für die heutige Politik:

Erstens die **"Fragmentierung"** unserer Gesellschaft" und zweitens das heutige, vielfach "autonome" Verständnis von **"Gesellschaft"** in politischen Zusammenhängen.

Also zunächst zur **"Fragmentierung unserer Gesellschaft"**.

Diese führt nicht nur vordergründig zu Schwierigkeiten etwa beim Finden von Mehrheiten z.B. für Regierungskoalitionen, sondern macht immer mehr grundsätzlich **"Konsens"** und **"Zusammenhalt"** überhaupt mindestens schwierig.

Die Fragmentierung unserer Gesellschaft bestimmt heute immer mehr die Inhalte und Tonalität der öffentlichen politischen Aussagen ("political correctness"), die Kommunikation und Art der Aktionen. Politik ist zwar immer abhängig von der "Gesellschaft", in der und für die sie gemacht werden soll. Pointierte Aussagen oder öffentliche persönliche Positionen unserer Politiker sind aber heute leider Shitstorms in den sog. "Social Media" ausgesetzt, die keiner ertragen möchte und die immer häufiger klagewürdig wären. Das kann so - bei aller sehr bejahten Meinungsfreiheit - nicht weitergehen; der ungehemmte Tabu-Bruch ist toxisch für die Gesellschaft und führt letztlich auch das Persönlichkeitsrecht der Meinungsfreiheit nach unserem Grundgesetz ad absurdum.

Zum Unterschied der Zeiten: Bundeskanzler Helmut Kohl und seine neue Koalition versuchten sich in der 1. Regierungserklärung noch mit der "geistig-moralischen Wende" - gewissermaßen eine Art Antwortversuch auf Vorgänger Brandts "mehr Demokratie wagen". Wenn Kohl eine gewisse Rekonservativierung gemeint haben sollte, so ist sie jedenfalls nicht geschehen.

Wird nicht aber mehr Perspektivisches, Längerfristiges, von der Politik erwartet?

Langfristige Ziele und **Grundsätze** möchte ich der heutigen Politik, vertreten durch Spitzenpolitiker nicht absprechen. Aber sie werden nicht mehr so deutlich. Ich bin sicher, dass die Bundeskanzlerin ganz klar Europäerin ist und dass sie auch ganz klar die demokratischen Werte definiert, für die sie steht. Das merkt man auch an der Autorität, mit der sie in Krisensituationen auftritt - oder Parlamentarier in "Gewissensdebatten" zu den Grundfragen des Lebens.



Ohne **längerfristige Ziele** ist verantwortliche Politik nicht möglich, zumindest nicht mit demokratischer Mandats-Legitimation.

Aber, kann Politik heute überhaupt noch langfristig oder nur Regierungspragmatik? Bei den volatilen Strömungen in eben dieser fragmentierten Gesellschaft, und bei nur 4jährigem Handlungsmandat, bei Diskontinuität der Gesetzgebung und nicht zuletzt bei der deutschen Situation immerwährender föderaler Wahlen, in denen es jeweils mehr und mehr um Bundesthemen geht?

Perspektivvorgaben wie Mittelfristigkeit und Langfristigkeit werden in der Politik ja auch heute immer wieder aufgerufen - mittelfristige Finanzplanung, Aktionsplan, Perspektivpapier usw. - sind aber in der Regel eher rein nomenklatorisch als tatsächlich eine längere Zeitorientierung. Dazu insinuieren auf der Ebene politische Öffentlichkeit lange Kanzlerzeiten oder Koalitionen beim Publikum mehr Kontinuität als sachlich in den 4-Jahres-Perioden gegeben ist.

Zu beobachten ist durchaus manchmal - im Parlament mehr noch als in der Regierung - dass die Mechanik der Abläufe und fraktionsbestimmte Entscheidungen das Perspektivische und Langfristige mehr als überschatten.

Aber **gute Politik** - das ist meine Beobachtung - versucht auch heute immer, langfristige Ziele und Strategien mit kurzfristiger Pragmatik zu verbinden.

Politik hat m.E. immer die doppelte Herausforderung, einerseits sachgerecht die Gegenwartsprobleme zu lösen, andererseits im Jetzt schon Zukunft vorzubereiten. Und damit ist handelnde Politik voll im streitigen Diskurs zwischen Sachthematik und politisch-gesellschaftlichen Wertvorstellungen:

Welche Ziele soll die Politik verfolgen, welche Gesellschaft der Zukunft will die Gesellschaft der Gegenwart gestaltet sehen?

Die Fortsetzung dieses Gesprächs folgt.